

Kollektiver Realitätsverlust

WIRTSCHAFTSJOURNALISMUS Eine Studie über die Berichterstattung zur Finanzmarktkrise attestiert den Medien Versagen auf der ganzen Linie. Dabei hat es nicht an Warnungen gefehlt.

Von **HANS-JÜRGEN ARLT** und **WOLFGANG STORZ**, Publizisten und Autoren der Studie „Wirtschaftsjournalismus in der Krise“

Selbstgekürte Krisenkassandras, die nachher alles schon vorher gewusst haben, mögen nervig sein. Im Anschluss an die Lektüre von 822 Zeitungsartikeln, 212 Agenturmeldungen und die Rezeption von 141 Fernsehbeiträgen stellt sich das Problem jedoch ganz anders dar: Was der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus im Vorfeld und im Verlauf der großen Finanzmarktkrise alles nicht gewusst, jedenfalls nicht geschrieben, gesagt und gesendet hat, ist erschütternd.

In der Studie „Wirtschaftsjournalismus in der Krise. Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik“ für die Otto Brenner Stiftung haben wir nur einen sehr kleinen Ausschnitt der öffentlichen Kommunikation untersucht. Das Internet, der Hörfunk, die Wochen- und Monatszeitungen, die ZDF-Nachrichten, viele

Tageszeitungen, andere Agenturen außer der dpa blieben außen vor. Der Literaturbericht der Studie gibt jedoch einen breiten Überblick über den öffentlichen Stand des Wissens und der Debatten in Sachen Wirtschaftsjournalismus und Finanzmarktkrise. Die zehn Intensiv-Interviews mit Journalisten und Wissenschaftlern setzen diese Debatte über die Öffentlichkeit und „die globale Krise der großen Spekulation“ fort – so taufen wir die bislang namenlose Krise. Empirisch ausgewertet haben wir die fünf Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Financial Times Deutschland“ (FTD), „Handelsblatt“ (HB), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „die tageszeitung“ (TAZ) sowie den dpa-Basisdienst und darüber hinaus die ARD-„Tagesschau“ und -„Tagesthemen“ (TS, TT). Überblicken wollten wir den Zeitraum zwischen Oskar Lafontaines Rücktritt 1999 und dem G20-Gipfel von Pittsburgh im September 2009, nicht als Vollerhebung, sondern anhand von insgesamt 16 ausgewählten Ereignissen.

LEUGNUNGS- UND BERUHIGUNGSRHE-TORIK. Als der „Spiegel“ im November 2008 schrieb: „Es ist eine Weltkrise im Gang, materiell und moralisch, wie sie sich in solcher Wucht, in solcher Rasanz selten zuvor ereignet hat“, stellten wir uns diese Frage: Dass Bankmanager alles für, wenig gegen die Krise gemacht, dass die Regierungspolitiker mitgemacht und die Wirtschaftswissenschaften versagt haben, ist offenkundig – aber welche Chancen hatte das massenmediale Publikum, die Gefahren der Finanzmarktentwicklung zu sehen und einzuschätzen? Ist es vorstellbar, dass die Informations- und Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts, die sich ihrer Rationalität, ihrer wissenschaftlichen Aufgeklärtheit und ihres hoch entwickelten Risikobewusstseins rühmt – nach rund 200 Jahren voller kapitalistischer Krisen –, einer Schar Lemminge gleich an den

ökonomischen Abgrund taumelt? Der Journalismus, den wir analysiert haben, ist nicht getaumelt, er ist forschend Schrittes, das hohe Lied des freien Marktes auf den Lippen Richtung globale Krise marschiert. Die Diagnose lautet „kollektiver Realitätsverlust“, in der jüngsten Zeitgeschichte vergleichbar mit den Potemkinschen Dörfern des real nicht mehr existierenden Sozialismus.

Auch aus Unternehmens- und Verbandskrisen ist sie zur Genüge bekannt, die grenzenlose Bereitwilligkeit der Verantwortlichen und Zuständigen, Anzeichen für Krisen umzudeuten, kleinzureden oder überhaupt zu missachten, die Krise jedenfalls so lange als zufälliges, isoliertes, nebensächliches Phänomen zu behandeln, bis die Existenzgefährdung einfach nicht mehr geleugnet werden kann. Für unsere Gesellschaft scheint Vergleichbares zu gelten. Bis zum Bankrott von Lehman Brothers (15. September 2008) und noch Tage danach hat der größte Teil des Wirtschaftsjournalismus Hand in Hand und Mund an Mund mit Wirtschaftsexperten und Politprominenz Leugnungs- und Beruhigungsrhetorik produziert. Die Redaktionen haben dieser Desorientierung viel Raum gegeben, ohne ihr zu widersprechen. Dabei bieten die untersuchten Medien mit den größten Reichweiten, die dpa und die Nachrichtensendungen der ARD, zum Themenkomplex Finanzmarktpolitik nicht nur weniger als die Qualitätszeitungen – das wäre normal. Sie kommen in der Regel über eine Berichterstattung in Form ereignisbezogener Zitatensammlungen nicht hinaus – zu

denen die Redaktionen lediglich die verbalen Übergänge beisteuern.

MEISTER DER DESORIENTIERUNG Zu den Spitzenleistungen der Desorientierung gehört ein Gastbeitrag im „Handelsblatt“ von Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) und Mitglied des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In seinem „ordnungspolitischen Einspruch“ erläuterte er am 10. August 2007, dem Tag nach der dramatischen Krisenintervention der EZB: „Eine Bank (gemeint ist die IKB) hat sich verspekuliert mit Transaktionen außerhalb der Bilanz und in einem ihr fremden Geschäftsfeld. Indizien für einen Flächenbrand bei den deutschen Banken gibt es nicht ... So ist weniger die Finanzmarktstabilität gefährdet, die nach allen vorliegenden Berichten als hoch eingestuft wird, als vielmehr die Statik unserer Finanzaufsicht, die sich durch Kompetenzwirrwarr und Intransparenz auszeichnet ... Die fehlgeschlagenen Spekulationen im Markt für zweitklassige Hypotheken („subprime“) haben die Furcht vor einer kräftigen Rezession in den USA hervorgerufen. Dies erscheint reichlich überzogen zu sein.“ Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, verkündete im Mai 2008, wir seien am Beginn des Endes der Krise. Finanzminister Steinbrück erklärte noch am 16. September 2008 im Deutschen Bundestag: „Alle, die mit Lust-

gewinn ... das Gespenst einer Krise an die Wand malen, sollten sich ihrer Verantwortung in einer durchaus labilen Lage sehr stark bewusst sein. Fakt ist und bleibt: Die deutsche Wirtschaft ist wesentlich wettbewerbsfähiger und robuster als vor fünf Jahren ... Das wichtige finanzpolitische Ziel der Großen Koalition, ab 2011 keine neuen Schulden mehr zu machen, rückt damit in greifbare Nähe.“

Die Redaktionen haben im Großen und Ganzen brav wiedergegeben und ansonsten fein stillgeschwiegen. Obwohl man gerade auch den Wirtschaftsjournalismus ganz anders kennt, nämlich wie er mit großem Eifer dagegenhält, Informationen und Argumente zusammenträgt, um lautstark zu drohen und zu warnen, wo er Fehlentwicklungen vermutet: Jedes Jahr aufs Neue warnt der Wirtschaftsjournalismus vor zu hohen Lohnforderungen; seit Jahren warnt er vor garantierten Mindestlöhnen und vor Sozialleistungs-Missbrauch; Mitte der 80er Jahre hat er vor der 35-Stunden-Woche gewarnt, als stünde der Ruin der deutschen Wirtschaft unmittelbar bevor. Vor dem tatsächlich drohenden Ruin des globalen Finanzsystems hat er nicht gewarnt. Interessant auch, was die Redaktionen nicht wiedergeben. Als die Hans-Böckler-Stiftung im Mai 2007 eine Pressekonferenz macht über „Transparenz und Fairness auf einem ▶





WIR TESTEN ...

www.dgb.de

Rechtzeitig zum DGB-Bundeskongress im Mai präsentiert sich der Bundesvorstand mit einem frischeren Internet-Auftritt. Anders als die Vorversion wirkt die Startseite nicht so überladen. Sofort im Blick sind die aktuellen Kampagnen und Meldungen – von Arbeitsmarktpolitik über Europa & Internationales bis Wirtschaft. Lediglich die thematische Gliederung ist etwas verbesserungswürdig, weil unübersichtlich. An prominenter Stelle – gewissermaßen auf Augenhöhe – findet sich ein Link zum Online-Debattenmagazin des DGB „Gegenblende“. Das Signal ist klar: Theoretische Auseinandersetzungen sind wieder gefragt. Gelungen sind auch die Seiten zur Geschichte des DGB, welche die Meilensteine des Gewerkschaftsbundes präsentieren – mit zeitgenössischen Videos und O-Tönen aus sechs Jahrzehnten. Ein Highlight: der Kampf für die Unternehmensmitbestimmung Mitte der 70er. „Mitbestimmung ist der Tod der Freiheit“, hatte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck, seinerzeit polemisiert. Der Konter von DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter fiel entsprechend aus. Zu aktuellen Diskursen – etwa um die Leiharbeit – bietet die Website Dossiers. Bald soll es auch interaktive Seiten geben, dann können Beiträge kommentiert werden – eine Einladung, sich stärker in die Politik des DGB einzumischen.

Fazit: Frischer, informativer, politischer!

► einheitlichen europäischen Kapitalmarkt“ und den späteren Ruf nach mehr Eigenkapital der Banken gut begründet vorwegnimmt, berichtet von den untersuchten Medien nur die TAZ.

FÄHNCHEN IM WIND. Wie gründlich sich selbst Redaktionen von Qualitätszeitungen darauf beschränken, Wasser auf die Mühlen des Mainstreams zu gießen, wie beflissen sie als Kellner des Common Sense agieren, ist an „Handelsblatt“, SZ und FAZ ablesbar. Bis zum offenen Ausbruch der Krise berichteten und kommentierten sie nach der Devise: „Der Finanzmarkt braucht Freiheit“. Danach wechselten sie auf die Linie: „Der Finanzmarkt braucht Kontrolle“, ohne ihrem Publikum diesen Sinneswandel in einem einzigen Satz zu erläutern. Stattdessen fallen sie über die Politik her, die sie in der Vergangenheit selbst als die einzig richtige dargestellt haben. Zum Beispiel die FAZ am 4. April 2009: „Über Jahre wurde – gerade in der angelsächsischen Welt – die These vertreten, dass die Märkte effizient seien, Übertreibungen korrigiert und schlechte Marktteilnehmer und Produkte dem Markt zum Opfer fallen würden; dass sich also Regulierung und Aufsicht nur auf einen groben Rahmen beschränken müssten. Diese Zeit ist vorbei.“ Zum Beispiel die SZ am 23. September 2009: „Jetzt gehen Staats- und Regierungschefs sowie Finanzminister damit hausieren, sie könnten die Wähler vor den Auswüchsen eines blindwütigen Kasino-Kapitalismus bewahren. Es ist zynisch, dass es sich häufig um dieselben Politiker handelt, die in den vergangenen Jahren das System der Gier und Bonuskultur förderten und sogar mit kreierte. Die britische Labour-Regierung zum Beispiel hatte die zur Staatsreligion erhobene Deregulierung der Finanzmärkte aus der Thatcher-Zeit nahtlos fortgesetzt.“ Und aus der Wirtschaftsredaktion der SZ kamen immer wieder Szenenapplaus für die Deregulierer und Buhtufe für die Kritiker des Kasino-Kapitalismus.

Glaubwürdigkeit gewinnt der Journalismus auf diese Weise nicht. Die Verweigerung des öffentlichen Nachdenkens dem eigenen Publikum gegenüber – Medien-Tagungen und Akademie-Diskussionen können das nicht ersetzen – zeugt von einem Mangel an Souveränität, vor allem aber von Missachtung der Leser und der Zuschauer. ■

MEHR INFORMATIONEN



Hans-Jürgen Art/Wolfgang Storz: **WIRTSCHAFTSJOURNALISMUS IN DER KRISE. ZUM MASSENEDIALEN UMGANG MIT FINANZMARKTPOLITIK.** Arbeitsheft 63 der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/M. 2010, 274 Seiten. Kostenlos erhältlich über www.otto-brenner-stiftung.de